



Sie befinden sich hier: Startseite > Förderbescheidübergabe im Bayerischen Verkehrsministerium

Förderbescheidübergabe im Bayerischen Verkehrsministerium

27. November 2019

- Neues Förderprogramm für flächendeckende Verkehrsverbünde
- Bessere Mobilität im ländlichen Raum durch Verbund-Vorteile
- Reichhart: „Mögliche MVV-Erweiterung ist großer Gewinn für ÖPNV in Südbayern“

Bayerns Verkehrsminister Dr. Hans Reichhart hat heute den Förderbescheid für die Grundlagenstudie zur MVV-Erweiterung an die Vertreter der Landkreise Bad Tölz-Wolfratshausen, Garmisch-Partenkirchen, Landsberg am Lech, Landshut, Miesbach, Mühldorf am Inn, Rosenheim, Weilheim-Schongau und die kreisfreien Städte Landshut und Rosenheim übergeben. Die vorbereitende Studie ist der erste Schritt auf dem Weg in den Verbund und soll Klarheit über die Rahmenbedingungen eines Beitritts bringen. Verkehrsminister Reichhart zeigte sich hoch erfreut über das Engagement der anwesenden Landkreise und Städte: „Wir wollen gerade für die Menschen im ländlichen Raum eine echte Alternative zum Auto schaffen und sie noch öfter zum Umsteigen auf den ÖPNV bewegen. Verbundintegrationen steigern die Attraktivität des öffentlichen Verkehrs immens: Die Fahrgäste profitieren von abgestimmten Abfahrtszeiten, einheitlichen Tarifen für alle Busse und Bahnen im Verbund und einheitlichen Fahrgastinformationen. Die weißen Flecken auf der Verbundlandkarte sollen daher nach und nach verschwinden. Das ist unser Ziel“, so Reichhart heute. Erste Ergebnisse der Studie sind in zwei Jahren zu erwarten. Die Landkreise und Städte entscheiden dann auf Grundlage dieser Studienergebnisse, ob sie dem MVV beitreten werden.

Der MVV könnte bald rund vier Millionen Menschen umfassen. Denn der einwohnerstärkste Verkehrsverbund würde bei einem Beitritt der Landkreise Bad Tölz-Wolfratshausen, Garmisch-Partenkirchen, Landsberg am Lech, Landshut, Miesbach, Mühldorf am Inn, Rosenheim, Weilheim-Schongau und der Städte Landshut und Rosenheim um rund eine Million Einwohner wachsen und seine Fläche mehr als verdoppeln. Der Weg dahin, die Bedingungen und die Kosten für eine Verbundintegration sollen nun in einer vorbereitenden Grundlagenstudie erarbeitet werden. Erweist sich der Beitritt in der Studie als umsetzbar, verfügen die Kommunen über eine objektive Basis für den Beschluss über die Verbunderweiterung. Maßgeblich ist, dass der Verbundbeitritt verkehrlich und wirtschaftlich sinnvoll sein muss und dass er Bus und Bahn in einer Region umfasst.

Reichhart appellierte dabei auch an alle übrigen noch verbundfreien Regionen: „Wir bieten allen Landkreisen und Städten an, dass sie an einer Grundlagenstudie teilnehmen und von uns mit 75 bis 85 Prozent bezuschusst werden. Strukturschwache Regionen können sogar mit Fördersätzen bis zu 90 Prozent rechnen.“ Zudem wies der Verkehrsminister darauf hin, dass die kommunalen ÖPNV?Aufgabenträger nach positivem Abschluss der Studien auch bei der Umsetzung der Verbundintegration unterstützt werden: „Wir greifen den Kommunen insbesondere bei den beitrittsbedingten Investitionen und Mehrkosten im SPNV, die infolge der neuen Verbundtarife entstehen, unter die Arme.“

[Inhalt](#)

[Datenschutz](#)

[Impressum](#)

[Barrierefreiheit](#)

